



REF SEP 2/02 DE

**AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT ZUR BEKÄMPFUNG DER SOZIALEN
AUSGRENZUNG 2002-2006**

**Betr.: Protokoll der informellen Sitzung des Programmausschusses vom
30. November 2001**

1. BEGRÜßUNG DURCH DEN VORSITZ

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für das neue Aktionsprogramm zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und bittet die Teilnehmer, sich vorzustellen.

2. ANNAHME DER TAGESORDNUNG DOK. SEP 1/01

Der Vorsitzende teilt mit, dass es sich um ein informelles Treffen handele, da das Programm noch nicht in Kraft getreten sei. Dennoch sei es sinnvoll, bereits mit dem Meinungsaustausch zu beginnen, da sich das Programm sehr ehrgeizige Ziele gesetzt habe. Mit der Einschränkung, dass keine Entscheidungen getroffen werden können, wird die Tagesordnung angenommen.

3. MEINUNGSAUSTAUSCH ZUM ENTWURF DER GESCHÄFTSORDNUNG DOK. SEP 2/01.

Die Kommission legt den Entwurf der Geschäftsordnung vor und erläutert, dass der Zugang zu den Dokumenten des Ausschusses den Bestimmungen der neuen Verordnung 1049/2001 unterliegt (die am 3. Dezember in Kraft treten soll), die den Zugang zu Kommissionsdokumenten regelt. Da zu dem vorgeschlagenen Geschäftsordnungsentwurf Einvernehmen besteht, schlägt der Vorsitzende vor, diesen auf der ersten formalen Sitzung ohne weitere Diskussion anzunehmen.

4. VORLAGE DES BESCHLUSSES DES RATES ÜBER EIN AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT SOWIE MEINUNGSAUSTAUSCH ZU DEN ALLGEMEINEN LEITLINIEN DOK. SEP 3/01

Die Kommission stellt den Beschluss des Rates vor, der am 22. November 2001 verabschiedet wurde. Er sieht ein breites Spektrum von Aktivitäten vor, die in drei Aktionsbereiche unterteilt sind. Bereich 1: Analyse und Erfassung von Statistiken; Bereich 2: Austausch von Informationen und bewährten Verfahren, und Bereich 3: Förderung des Dialogs zwischen den einzelnen Akteuren und Unterstützung der europäischen Netzwerkarbeit. Die Kommission teilt mit, dass sich das vereinbarte Gesamtbudget über einen Zeitraum von fünf Jahren auf 75 Mio € beläuft. Über den effektiven Betrag für 2002 habe die Haushaltsbehörde noch zu entscheiden, vorgeschlagen sei allerdings eine Summe von 11 Mio €. Die Kommission geht davon aus, diesen Betrag in den ersten zwei Jahren der Programmlaufzeit schrittweise zu erhöhen, um während der letzten drei Jahre ein höheres Niveau zu erreichen.

Die Kommission stellt ebenfalls in Aussicht, dass das Programm sowohl für die EFTA/EWR-Länder als auch für die Beitrittsländer geöffnet werden könne. Diese Länder müssten ihr Interesse zum Ausdruck bringen und dann mit der Kommission die Eintrittsbedingungen aushandeln. Die EFTA-Länder haben ihr Interesse an einer Beteiligung am Programm bereits zum Ausdruck gebracht. Sobald sie dem Programm beitreten können, wird jeweils ein Vertreter aus jedem dieser Länder als Beobachter an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen.

Die Kommission legt ebenfalls die allgemeinen Leitlinien für die Umsetzung des Programms fest. Insbesondere hebt sie folgendes hervor:

- Eine langfristige Perspektive ist wichtig. Es müssen zwar Jahresarbeitsprogramme vereinbart werden, die Kommission schlägt jedoch insbesondere vor, die Arbeit in Zweijahreszyklen zu gliedern, um den Prozess der sozialen Eingliederung und die Erstellung des Gemeinsamen Berichts über die soziale Eingliederung miteinander in Einklang zu bringen.
- Es muss ein regelmäßiger Meinungs-austausch mit den Sozialpartnern und den Nichtregierungsorganisationen stattfinden, um die Leitlinien für die Umsetzung zu erörtern. Dieser Meinungs-austausch mit den Sozialpartnern würde im Rahmen des sozialen Dialogs stattfinden. Zu den NRO schlägt die Kommission vor, noch vor der nächsten Ausschusssitzung mit Vertretern der europäischen Netzwerke zusammenzutreffen und dem Ausschuss die Ergebnisse des Treffens mitzuteilen.

Bei der Erörterung der Leitlinien treten folgende Punkte zutage:

- Analytische Arbeit braucht Zeit und es ist unrealistisch, bereits 2003 mit den größeren Ergebnissen zu rechnen;
- Die Untergruppe "Indikatoren" des Ausschusses für Sozialschutz sollte in den Leitlinien besonders erwähnt werden, wobei der Beitrag der Gruppe bei der Definition der Arbeitsprioritäten zu den Indikatoren Berücksichtigung finden sollte;
- Der Zweijahreszyklus findet allgemeine Zustimmung. Es ist wichtig, das Programm mit dem Prozess der sozialen Eingliederung zu verbinden, und in enger Verbindung

mit der Arbeit des Ausschusses für Sozialschutz zu stehen und dessen Prioritäten zu folgen.;

- Es wird auf die Bedeutung der Evaluation während der gesamten Laufzeit des Programms hingewiesen; allerdings sollte die Evaluation der eigentlichen Arbeit weder Zeit noch Ressourcen streitig machen. Die Kommission schlägt vor, auf der nächsten Sitzung Anhaltspunkte zur Evaluierung des Programms vorzulegen;
- Es ist wichtig, das neue Programm auch auf nationaler Ebene allen interessierten Parteien vorzustellen. Der Ausschuss begrüßt ebenfalls die Initiative der Kommission, die NRO vor der nächsten Sitzung zu konsultieren.

Die Kommission wird diese Punkte berücksichtigen und den Leitlinienentwurf entsprechend ändern. Die überarbeitete Fassung soll dann bei der nächsten Sitzung zur Annahme vorgelegt werden.

5. MEINUNGSAUSTAUSCH ZUM ZUKÜNFTIGEN ARBEITSPROGRAMM DOK SEP 4/01

Die Kommission legt ihr Papier über die Entwicklung strategischer Prioritäten für die Umsetzung des Programms in den Jahren 2002 und 2003 vor. In dem Dokument werden die Erfahrungen hervorgehoben, die sich aus den im Juni vorgelegten nationalen Aktionsplänen ableiten lassen. Ferner werden die Arten von Aktivitäten beschrieben, die im Rahmen der verschiedenen Aktionsbereiche entwickelt werden können. Es handelt sich um ein sehr umfassendes Dokument, zu dem der Ausschuss gebeten wurde, die Vielzahl der vorgeschlagenen Aktionen nach Prioritäten zu gliedern.

Aus der Diskussion ergeben sich folgende Punkte:

- die Koordinierung mit anderen Programmen in verwandten Bereichen (Gleichstellung, Antidiskriminierung) ist von entscheidender Bedeutung, um Doppelarbeit zu vermeiden. Die Kommission sollte die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen sehr sorgfältig ausarbeiten, da die Gefahr besteht, Projekte zu unterstützen, die auch im Rahmen anderer Programme finanziert werden könnten. Bei Ausschreibungen ist dieses Risiko geringer, da die Kommission den vollständigen Überblick über die Leistungsbeschreibung behält;

- Alle Vertreter sind damit einverstanden, den Zweijahreszyklus auch auf den Jahresbericht auszuweiten; damit würde dieser mit dem Gemeinsamen Bericht über die soziale Eingliederung zusammenfallen;
- Die Vertreter wünschen umfassendere Informationen zu den zwischen 1998 und 2001 durchgeführten vorbereitenden Maßnahmen. Die Kommission teilt den Delegierten mit, dass der Großteil der Informationen auf der entsprechenden Website zugänglich sei. Sie werde ihnen jedoch eine kurze Zusammenfassung aller finanzierten Projekte zur Verfügung stellen;
- Die Vertreter heben hervor, dass es wichtig sei, in gutes Datenmaterial zu investieren, um die Qualität der Indikatoren zu verbessern; diese Daten sollten auch auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen;

- Einige Delegierte befürworten eine Konzentration auf einige wenige Prioritäten, während andere sich für einen umfassenderen Ansatz aussprechen, der so viele Bereiche wie möglich abdeckt;
- Mehrere Delegierte sprechen sich dafür aus, Untersuchungen zu folgenden Themen zu intensivieren: Armut bei Kindern und die Übertragung von Armut und Ausgrenzung von einer Generation zur nächsten; der rechtebezogene Ansatz; der Zugang zur Justiz und zur Kultur; neue Formen der Ausgrenzung und insbesondere die digitale Kluft;
- Die meisten Delegierten weisen darauf hin, dass bei der Planung und Ausführung sozialer Politiken die Verbindungen zwischen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene berücksichtigt werden müssten; dass man sich nicht mit guten Verfahren zufrieden geben solle, sondern eine Methode entwickeln müsse, um die besten Verfahren zu ermitteln;
- Einige Delegierte sind der Ansicht, dass das Programm zu stark auf geschlechterspezifische Aspekte ausgerichtet sei, andere wiederum betonen, wie wichtig der Aspekt des „gender mainstreaming“ sei;
- Einigen Delegierten fällt auf, dass es keinen Bezug zu dem wirtschaftlichen Rahmen und zum Thema der sozialen Beteiligung gibt;
- Die meisten Delegierten möchten wissen, wie die verschiedenen Aktionen in der Praxis ausgeführt werden, welche die Auswahlkriterien sind, usw. Die Kommission schlägt vor, auf der nächsten Sitzung ein Papier zu diesem Thema vorzulegen.

Die Kommission dankt den Teilnehmern für diesen Meinungs austausch; sie wird den Entwurf für das Jahresarbeitsprogramm auf der Grundlage dieser Erörterung vorbereiten und es auf der nächsten Sitzung zur Annahme vorlegen.

6. MEINUNGS AUSTAUSCH ZU DER JÄHRLICH STATTFINDENDEN ROUND-TABLE-KONFERENZ 2002. DOC. SEP 5/01

Die Kommission stellt die verschiedenen Möglichkeiten für die Organisation der Round-Table-Konferenz im Jahr 2002 vor. Sie könnte entweder mit finanzieller Unterstützung aus dem Programm durch den jeweiligen Ratsvorsitz, oder direkt durch die Kommission veranstaltet werden. Die Konferenz soll als Sensibilisierungsmaßnahme verstanden werden und böte alle Beteiligten eine der wenigen Gelegenheiten, sich zum Prozess der sozialen Eingliederung zu äußern. Es werden etwa 250 Teilnehmer erwartet. Die spanische Delegation erläutert, dass das Programm für den Ratsvorsitz bereits festliege und sie nicht daran interessiert sei, die Konferenz während der spanischen Präsidentschaft zu veranstalten; die dänische Delegation ihrerseits teilt mit, dass angesichts des Regierungswechsels in Dänemark über das Programm für den Ratsvorsitz noch nicht entschieden worden sei. Die Kommission geht davon aus, noch weitere Gespräche mit den beiden Ländern zu führen. Aber auch wenn die Kommission die Konferenz organisieren würde, erwartete sie in jedem Fall die aktive Unterstützung des Ratsvorsitzes.

7. ZEITPLAN DER SITZUNGEN FÜR 2002

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzungen des ersten Halbjahres am 23. Januar und am 17. April stattfinden.. Während des zweiten Halbjahres ist mit einer weiteren Sitzung zu rechnen.

8. VERSCHIEDENES

Mary Gillard, GD EMPL, schlägt vor, auf einer zukünftigen Sitzung die Gemeinschaftsinitiative EQUAL sowie einige für das Programm über die soziale Ausgrenzung relevante Aspekte, einschließlich der Methode zum Aufbau von Partnerschaften vorzustellen. Der Vorschlag wird angenommen.

Anhang: Anwesenheitsliste

**AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT ZUR BEKÄMPFUNG DER SOZIALEN
AUSGRENZUNG 2002-2006
SITZUNG VOM 30. NOVEMBER 2001**

ANWESENHEITSLISTE

<u>Kommission</u>	Armindo Silva	Vorsitz
	Hugh Frazer	
	Ruth Paserman	
	Luc Tholoniati	
	Walter Wolf	
	Mary Gillard	
	Rita Soares	
<u>Belgien</u>	Johan Vandenbussche	
	Muriël Rabau	
<u>Dänemark</u>	Eigil Andersen	
<u>Deutschland</u>	Martina Gräfin von Bassewitz	
<u>Griechenland</u>	Athena Kourtessi	
<u>Spanien</u>	Eva Ferrus Garcia	
	José Luis Castellanos Delgado	
<u>Frankreich</u>	Danièle Refuveille	
<u>Irland</u>	Eoin O'Seaghda	
<u>Italien</u>	Donatella Bini	
<u>Luxemburg</u>	Brigitte Weinandy	
<u>Niederlande</u>	Lidwien Van Langen	
<u>Österreich</u>	Helmut Lang	
<u>Portugal</u>	José Castro	
	Susan Viana	
<u>Finnland</u>	Reijo Väärälä	

Schweden Martin Börjesson

VK Stephen Clode